

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2011

Fachgespräch von AGF und COFACE zum reduzierten Mehrwertsteuersatz in Europa

COFACE bekräftigt Forderung nach reduzierter Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder

Am 8. September 2011 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) in Kooperation mit der Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ein europäisches Expertengespräch über die Zukunft des reduzierten Mehrwertsteuersatzes – insbesondere auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder. Die AGF engagiert sich seit Jahren für dieses Anliegen. Eingeladen waren Vertreter und Vertreterinnen von deutschen und europäischen Verbänden, der Europäischen Kommission sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags, um die Handlungsmöglichkeiten auf EU-Ebene zu erörtern. Diskutiert wurden unter anderem die Zielrichtung einer reduzierten Mehrwertsteuer, die praktische Umsetzbarkeit sowie eventuelle Alternativen, etwa die Rückerstattung der Mehrwertsteuerausgaben oder die Anrechnung dieser Ausgaben auf die Steuerlast. Am Ende der Veranstaltung bestand Einigkeit darüber, dass eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte auch auf europäischer Ebene behandelt werden müsse. In einer Pressemitteilung forderte die COFACE die europäischen Gremien auf, dafür zu sorgen, die europäische Mehrwertsteuer-Liste zu erweitern, um jedem Mitgliedstaat die Reduzierung entsprechender Produkte zu ermöglichen. Die Veröffentlichung eines ausführlichen Tagungsberichts befindet sich in Vorbereitung.

Die AGF war auch Gastgeberin der COFACE-internen Arbeitsgruppensitzung am darauffolgenden Tag. Hier wurden u.a. die europäische Lebensmittelkennzeichnung und die EU-Verbraucherschutzrichtlinie thematisiert.

- [Informationen der COFACE zum Europäischen Expertengespräch](#)
- [Pressemitteilung der COFACE vom 9. September 2011](#) 

Neuigkeiten aus der COFACE

Finanztransaktionssteuer: COFACE begrüßt Kommissionsvorschlag

Am 28. September hat die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf für eine Finanztransaktionssteuer vorgestellt. Der Entwurf sieht vor, die Steuer auf alle zwischen Finanzinstituten durchgeführten Transaktionen mit Finanzinstrumenten zu erheben, wenn mindestens eine beteiligte Transaktionspartei in der EU ansässig ist. Der Steuersatz würde dem Vorschlag zufolge für den Handel mit Anteilen und Anleihen 0,1 % betragen und für Derivatverträge 0,01 %. So wären jährliche Einnahmen von ca. 57 Milliarden Euro möglich. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Steuer am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Die COFACE hat stets die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene unterstützt. Es sei wichtig, die Einnahmen dazu zu verwenden, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzufedern, sowie in soziale und nachhaltige Projekte zu investieren.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 29. September 2011](#)

COFACE beteiligt sich an Pflegekonsultation

Eine durch die Europäische Kommission in Auftrag gegebene Studie soll die Kosten und Nutzen von möglichen EU-Maßnahmen im Bereich pflegebedingter beruflicher Auszeiten prüfen. Das beauftragte Forschungskonsortium hatte die gesellschaftlichen Akteure mit Erfahrungen in diesem Bereich zu einer öffentlichen Konsultation aufgerufen, um zu erfahren, wie die vorhandenen Regelungen und mögliche EU-Maßnahmen auf diesem Gebiet bewertet werden – auch die COFACE hat sich beteiligt. In ihrer Antwort betont sie, dass Pflege und Kinderbetreuung nicht nur für Berufstätige ein Problem darstellen. Es sei unabdingbar, ebenso die Situation derjenigen zu berücksichtigen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen oder diese gar aufgegeben haben, um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu betreuen. Dennoch müssten die Bedingungen für zeitlich begrenzte und flexibel einteilbare berufliche Auszeiten aus familiären Gründen verbessert werden. Hierbei dürften nicht die Kosten entsprechender Maßnahmen in den Vordergrund gestellt werden, es müssten vielmehr die sozialen Rechte der Betroffenen gestärkt werden. Der Konsultationsbeitrag liefert einen interessanten Einblick in die jeweiligen Vorgehensweisen verschiedener EU-Mitgliedstaaten. In die COFACE-Antwort flossen über die AGF auch die Erfahrungen der deutschen Familienverbände zum Thema ein.

- [COFACE Antwort zur Konsultation „On possible EU measures in the area of carers' leave or leave to care for dependent relatives“](#) 

COFACE tritt ALTER-EU bei



Die COFACE ist der Europäischen Allianz ALTER-EU (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation) beigetreten, in der sich bereits über 160 Akteure aus NGOs, Gewerkschaften, Wissenschaft etc. zusammengeschlossen haben. Gemeinsam wollen sie sich dem zunehmenden Einfluss des Lobbyismus von Seiten der Wirtschaft und der Unternehmen auf die EU-Politik entgegenstellen. Hierin sieht das Bündnis einen Mangel an Demokratie im europäischen Entscheidungsverfahren sowie die Ursache für die Verschleppung, Schwächung oder gar Blockade wichtiger Maßnahmen in der Sozial-, Umwelt- oder Verbraucherschutzpolitik.

- [Internetpräsenz des Bündnisses ALTER-EU](#)

FAMILYPLATFORM veröffentlicht Forschungsagenda

Von Ende 2009 bis März 2011 hat die FAMILYPLATFORM – ein Konsortium von 12 europäischen Akteuren aus Wissenschaft und politischer Interessenvertretung – eine Forschungsagenda für Familienfragen auf EU-Ebene entwickelt. Die AGF hatte im Juni eine Zusammenschau der erarbeiteten Forschungsergebnisse veröffentlicht, mit einem besonderen Fokus auf die deutsche Perspektive. Im September erschien nun der „Fahrplan“ für die Zukunft der Familienforschung in und über die EU. Hierin finden sich die Schlüsselthemen, die Eingang in die EU-Forschungsagenda in den Bereichen Sozial- und Geisteswissenschaft für die Jahre

2012-2013 finden sollen: Pflege, Lebensphasen und –übergänge, *doing family*, Migration und Mobilität, Ungleichheit und Unsicherheiten, (neue) Medien und Familienpolitik.

- [FAMILYPLATFORM „Research Agenda on Families and Family Wellbeing for Europe“](#) 
- [AGF-Zusammenfassung der Ergebnisse der FAMILYPLATFORM](#) 
- [Internetpräsenz der FAMILYPLATFORM](#) und [Projektseite der TU Dortmund](#)

OECD Forschungsergebnisse zum Zusammenhang zwischen mütterlicher Berufstätigkeit und kindlicher Entwicklung

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat einen Forschungsbericht veröffentlicht, der sich mit dem Einfluss einer frühen Wiederaufnahme der Berufstätigkeit der Mutter auf die Entwicklung eines Kindes beschäftigt. Anhand von Daten aus den fünf OECD-Staaten Australien, Kanada, Dänemark, Großbritannien und USA zeigen die Autorinnen und Autoren der Studie, dass eine Rückkehr in den Beruf innerhalb von einem halben Jahr nach der Geburt zwar negative Effekte auf die Entwicklung des Kindes habe, diese seien jedoch gering und fielen im Vergleich zu anderen Faktoren – wie etwa der Höhe des Familieneinkommens, dem Bildungsstand der Eltern oder der Qualität der Eltern-Kind-Bindung – kaum ins Gewicht.

- [Forschungsbericht „Early Maternal Employment and Child Development in Five OECD Countries“](#)

EIGE berichtet über Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

1995 hat die UN-Frauenkonferenz in Peking die Aktionsplattform zur Stärkung der Teilhabe von Frauen ins Leben gerufen. 16 Jahre später fragt das Europäische Zentrum für Gleichstellungsfragen (EIGE) nach der Umsetzung der Ziele der Aktionsplattform innerhalb der EU, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeiten von Frauen, am Arbeitsleben teilzunehmen. Die Autorinnen und Autoren präsentieren in ihrem Bericht „Reconciliation of Work and Family Life as a Condition of Equal Participation in the Labour Market“ aktuelle Daten über die Inanspruchnahme familienbedingter beruflicher Auszeiten oder die Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Personen. Darüber hinaus wird aufgezeigt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten für die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit ständig verbessert werden, z.B. auch in Bezug auf die Einbindung der Väter. Nichtsdestoweniger seien es weiterhin die Frauen, die den Großteil der unbezahlten Arbeit leisteten.

- [EIGE Bericht „Reconciliation of Work and Family Life as a Condition of Equal Participation in the Labour Market“](#)

Europäisches Jahr 2013

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Jahr 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ zu machen. Erklärtes Ziel ist es, die Menschen in Europa über ihre Rechte als Unionsbürger und -bürgerinnen aufzuklären und deutlich zu machen, was die Europäische Union für die Einzelnen tun kann. Die Entscheidung der Kommission muss noch vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat gebilligt werden. Das Europäische Parlament hatte sich bereits in seiner EntschlieÙung zu den Grundrechten in der

Europäischen Union vom 15. Dezember 2010 für das Jahr 2013 als Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen.

- [Informationen der EU-Kommission zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Empfehlung des Parlaments für 2013 als „Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“](#)

EP bleibt bei Mutterschutz hartnäckig

Der „Ausschuss für die Rechte der Frau“ des Europäischen Parlamentes (EP) hat am 30. August 2011 eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat der EU gerichtet, die sich auf den Fortgang des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens zur Mutterschutzrichtlinie bezieht. Bereits im Juni hatte die zuständige Berichterstatterin, Edite Estrela (S&D, PT), die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Rates beklagt. Nun hofft der Ausschuss, auf diesem Weg den Verhandlungsstillstand beenden zu können.


- [Anfrage des FEMM-Ausschusses an den Rat der EU vom 30. August 2011](#) 

Vizepräsidentin der EU-Kommission fordert mehr Frauen in Führungspositionen

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, forderte bei einer Veranstaltung am 22. September 2011 in Berlin die europäischen Unternehmen nachdrücklich auf, mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu berufen.

Immer noch würden zu wenige Frauen in den Aufsichtsgremien der europäischen Unternehmen sitzen. Ihr Anteil steige viel zu langsam, um in absehbarer Zeit eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Viviane Reding hatte im Frühjahr dieses Jahres den Unternehmen eine letzte Chance bis März 2012 eingeräumt, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen freiwillig zu erhöhen. Andernfalls werden die EU-Kommission gezielte europäische Maßnahmen ergreifen.

Auch das Europäische Parlament (EP) hat sich im September mit der Lage von Frauen in der EU beschäftigt. In zwei Entschlüssen werden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, Frauen bei der Gründung von Unternehmen zu unterstützen und ihre Vertretung in Entscheidungsgremien zu fördern sowie spezielle Arbeitsmarktmaßnahmen für Frauen über 50 zu ergreifen.

- [„More Women in Europe’s Boardrooms“, Viviane Reding in Berlin am 22. September 2011](#) 
- [EP Entschließung zur unternehmerischen Tätigkeit von Frauen](#)
- [EP Entschließung zur Lage der Frauen kurz vor dem Rentenalter](#)

EU-Bericht zur Hochschulbildung

Mehr Geld und erweiterte Zugangsmöglichkeiten sind notwendig, um Europas Hochschulen zukunftsfest zu machen, so lautet das Fazit der EU-Kommission zu dem kürzlich vorgestellten Bericht „Modernisierung der Hochschulbildung in Europa 2011: Finanzierung und soziale Dimension“. Der Bericht untersuchte die Situation in 31 europäischen Staaten (EU-27 sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und Türkei) und widmete sich dabei vor allem dem Prozess der Ausweitung des Zugangs zur Hochschulbildung auf einen möglichst

hohen Anteil der Bevölkerung. Die Studie enthält drei Themenschwerpunkte: politische Strategien für eine höhere Beteiligung an der tertiären Bildung, Trends im Bereich der finanziellen Unterstützung sowie Auswirkungen von Studiengebühren und entsprechenden Unterstützungssystemen. Ergebnisse aus dem Bericht sind in die neue Hochschul-Strategie der Europäischen Kommission eingeflossen, die am 20. September auf den Weg gebracht wurde.

- [Vollständiger Bericht „Modernisation of Higher Education in Europe“](#) 
- [Deutsche Kurzfassung mit Kernaussagen](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- [Parlamentarischer Abend zum Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen](#), Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU (4. Oktober 2011, Brüssel)
- Fotoausstellung [„Neue Bilder vom Alter\(n\)“](#), Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU (6. Oktober- 25. November, Brüssel)
- [Stakeholder Seminar: The Future of Families](#), Europäische Allianz für Familien (Brüssel, 12. Oktober 2011)
- Konferenz [„European Year of Volunteering: The contribution of „invisible work“ to the creation of wealth – an added value tot he social cohesion“](#), 17. Oktober 2011, Brüssel)
- [Jahrestagung der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung](#) (17.-18. Oktober 2011, Krakau)
- Abschlusskonferenz des Projekts [„Children’s Rights for All“](#) (20.-21. Oktober 2011, Brüssel)
- [Expertenkonferenz zu Maßnahmen der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben](#) (20.-21. Oktober, Krakau)
- Eurochild Jahreskonferenz 2011 [„Tackling child poverty through supporting and strengthening families“](#) (30. November - 1. Dezember 2011, Cardiff)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).

AGF e. V. · Courbièrest. 12, 10787 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 21962-746
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)
